

Zur Person

Thomas Händel ist seit der Ausbildung zum Elektromechaniker Mitglied der IG Metall, war Jugendvertreter und später Betriebsrat bei Grundig. 1972 trat er in die SPD ein. Nach dem Studium an der »Akademie der Arbeit« in Frankfurt war er sieben Jahre beim Vorstand der IG Metall tätig. Seit 1987 ist er Geschäftsführer in Fürth und Beiratsmitglied einer großen deutschen Gewerkschaft. Er war bis 2006 ehrenamtlicher Richter am Landesarbeitsgericht Nürnberg. 2004 gehörte er zu den Initiatoren der WASG, später der LINKEN. Seit 2007 ist er stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Sein politisches Credo

In der reichsten Periode europäischer Geschichte wachsen Ungleichheit und Ausgrenzung. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich nimmt weiter zu. Wir brauchen deshalb eine neue solidarische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Europa. Dazu gehört, »Gute Arbeit« als ein Menschenrecht zu verankern, Mindestlöhne von mindestens 60 Prozent des nationalen Lohn-durchschnitts einzuführen und die (Höchst-)Arbeitszeiten zu verkürzen.

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

ein »Europa in guter Verfassung« braucht eine demokratisch legitimierte EU-Verfassung mit den Zielen Frieden, Demokratie, Sozialstaat und ökonomisch und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften statt des neoliberal geprägten Lissabon-Vertrages. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Armut im Alter, vor schlechter Gesundheitsversorgung, Bildungsnotstand und Armut trotz Arbeit, ohne Angst vor vergifteten Lebensmitteln, zerstörter Umwelt und vor Krieg.

Verändern wir Europa – gemeinsam!

Ihr

Unterstützen Sie DIE LINKE mit einer Spende: www.die-linke.de/spenden oder aktiv im Wahlkampf unter www.linksaktiv.de

DIE LINKE, Thomas Händel
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99
thomas.haendel@linksaktiv.de
www.hier-und-in-europa.de

 Europäische **LINKE**



Thomas Händel:
Hier und in Europa

DIE LINKE.

Für einen Politikwechsel in Europa

DIE LINKE will eine andere, eine bessere EU, die friedlich, sozial, demokratisch und ökologisch ist. Deshalb bekräftigt DIE LINKE ihr NEIN zum Vertrag von Lissabon. Mit anderen linken Parteien streitet sie für einen Politikwechsel in Europa.

Der europäische Einigungsprozess hat den Völkern Europas viele Vorteile gebracht. Er stiftete Frieden zwischen verfeindeten Staaten und erleichterte den Menschen in vielfacher Weise das Leben. Mit dem Vertrag von Maastricht schwenkte die Gemeinschaft jedoch auf einen marktradikalen Kurs ein. Die Lebensbedingungen für viele Millionen Menschen verschlechterten sich, die Löhne sanken, die Arbeitslosigkeit stieg.

Für die heutige Krise ist die EU mitverantwortlich. Auch die europäischen Regierungen trieben die Deregulierung der Finanzmärkte voran, senkten die Steuern auf hohe Gewinne und Einkommen und verhinderten soziale, steuerliche und ökologische Mindeststandards in der EU. Zugleich gibt die EU viel Geld für ein starkes Militär aus, das als Machtfaktor ihrer Außen- und Sicherheitspolitik dienen soll.

Das belegen der Aufbau flexibler Einsatzgruppen und die Einrichtung einer Rüstungsagentur der EU.

Die Europäische Union ist nicht demokratisch. Ihrem Parlament fehlt das Recht, Gesetze zu initiieren und über bedeutende politische Fragen mitzuzuscheiden. Bürgerinnen und Bürger gehen deswegen zu Recht auf Distanz, Lobbyisten bekommen so noch mehr Einfluss auf die Politik.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine Europäische Union, in der sichere und gut bezahlte Arbeit ebenso gesichert ist wie ein Leben in Würde für alle;
- eine friedliche Europäische Union, die Krieg ächtet und sich für Abrüstung, zivile Zusammenarbeit und Entwicklung einsetzt;
- eine Europäische Union, die den sozialen Fortschritt und den ökologischen Strukturwandel der Wirtschaft befördert;
- eine Europäische Union, die die Finanzmärkte einer strikten Kontrolle unterwirft;
- eine Europäische Union mit einem starken Europäischen Parlament, transparenten Entscheidungsprozessen und mehr direkter Demokratie;

■ eine Europäische Union, in der Menschen nicht diskriminiert werden: weder wegen ihrer ethnischen Herkunft, noch wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihres Alters, ihrer Behinderung oder sexuellen Identität;

■ eine Europäische Union, in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit garantiert sind;

■ eine Europäische Union, die eine solidarische Weltwirtschaft anstrebt und zur Lösung der globalen Probleme beiträgt.

DIE LINKE will eine andere Politik der EU: Sie soll nicht länger den Verursachern der Finanz- und Wirtschaftskrise immer neue Milliarden hinterher werfen. Sie muss endlich den Schutz der Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen.

Dieser Politikwechsel gelingt nur, wenn es im nächsten Europäischen Parlament eine starke linke Kraft gibt. Dafür stehen die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN. Gute Gründe für Sie, uns Ihre Stimme zu geben.

Das Europawahlprogramm der LINKEN ist im Internet zu finden unter **www.die-linke.de/europawahlprogramm**